



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Oktober 2018  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **P 517 Postulat Peyer Ludwig und Mit. über die Wiedererlangung des finanziellen Gleichgewichts mittels stärkerer Fokussierung auf Kostenrisiken bei Bundesvorlagen mit Auswirkungen auf die Kantone («Preisschild für Bundesvorlagen») / Staatskanzlei i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.  
Ludwig Peyer ist damit einverstanden.

Ludwig Peyer: Wäre dieses Postulat eine Anfrage, würde ich jetzt erklären, dass ich mit der Antwort zufrieden bin und keine Diskussion verlange. Ich finde die Stellungnahme der Regierung wirklich gut, es ist einzig schade, dass unser Rat bisher keine Kenntnis davon hatte. Ich lade daher die Regierung ein, künftig noch aktiver zu kommunizieren, wenn sie zu Bundesvorlagen mit erheblichen Kostenrisiken Stellung nimmt. Aus diesen Gründen bin ich mit der Ablehnung wegen Erfüllung einverstanden.

Urban Frye: Das Ziel des Postulanten ist es, das finanzielle Gleichgewicht wiederzuerlangen. Offenbar ist es auch ihm und den Mitunterzeichneten klar, dass die finanzielle Situation des Kantons aus dem Lot ist. Das bedeutet, dass der Kanton ein Finanzproblem hat, dem man mit der Tiefsteuerstrategie offenbar nicht beikommen kann. Ludwig Peyer meint, dass das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen sei, indem die Regierung bei Vernehmlassungen des Bundes zu geplanten Gesetzes- oder Verordnungsrevisionen expliziter die Kostenauswirkungen auf die Kantone monieren solle. So könnten die Finanzprobleme des Kantons mittels entsprechender Anpassungen durch den Bund gelöst werden. Die Stellungnahme der Regierung hat deutlich gezeigt, dass die Kostenfolgen in den Vernehmlassungsantworten jeweils moniert werden. Eine Frage an den Postulanten sei aber erlaubt: Glaubt er wirklich, dass die Finanzmisere des Kantons von daher kommt, weil der Bund immer mehr Kosten auf den Kanton abwälzt und somit der Bund an diesem Schlamassel schuld ist? Die Finanzmisere ist hausgemacht, und die CVP trägt eine wesentliche Mitschuld daran. Anstatt die Schuld auf die anderen zu schieben, wäre es ehrlicher, wenn die CVP Verantwortung übernehmen und eine nachhaltige Lösung vorschlagen würde.

Giorgio Pardini: Beim Lesen dieses Vorstosses mussten wir doch etwas schmunzeln. Mit einem Postulat die Regierung aufzufordern, dass in Bundesbern die Gesetze so umgestaltet werden, dass sie den Kanton Luzern nicht so viel kosten, ist doch etwas kurios. Wir wissen, dass das Parlament in Bern eigene Aufgaben hat. Zudem werden in der Bundesverfassung die Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen geregelt. Möglicherweise haben wir in Bern nicht die richtigen Vertreter, die den Stand Luzern auch entsprechend vertreten. Es ist mir jedoch wichtig zu betonen, dass Konrad Graber im Ständerat ausgezeichnete Arbeit leistet. Unser Problem ist aber, dass wir in Bundesbern mit Personen vertreten sind,

die nicht das entsprechende Gewicht haben, um die Interessen des Standes Luzern zu vertreten. Ein Stand allein kann nicht viel ausrichten, deshalb braucht es ein Netzwerk mit Koalitionen über die Zentralschweiz hinaus. Ich wünsche mir, dass der Stand Luzern nach den Wahlen von Personen vertreten wird, die über ein entsprechendes Sachwissen und ein Netzwerk verfügen. Das Gleiche gilt für den Nationalrat. Ich bin der Meinung, dass eine Mehrheit der Kantone dem vorliegenden Postulat nicht zustimmen würde. Der Kanton Luzern täte gut daran, sich in seiner Haltung zu politischen Themen etwas dem schweizerischen Durchschnitt zu nähern.

Pirmin Müller: In den vergangenen Jahren hat die Lastenverschiebung vom Bund auf die Kantone laufend zugenommen. Dadurch wird auch die Einhaltung der Schuldenbremse erschwert. Über 60 Prozent der kantonalen Regulierungen erfolgen durch die Umsetzung von Bundesrecht und von verfassungsrechtlichen Vorgaben. Neben dem Umsetzungsaufwand ergeben sich teilweise auch grosse finanzielle Lasten für die Kantone. Deshalb ist das Postulat durchaus berechtigt, und wir begrüssen die Diskussion darüber. Es ist aber auch so, dass die Kantone dieses Problem erkannt haben. Die Regierung wird sich deshalb künftig auf der Ebene der Konferenz der Kantonsregierungen oder der Fachdirektorenkonferenzen engagieren. Somit sind die Forderungen des Postulats erfüllt. In diesem Sinn lehnt die SVP-Fraktion das Postulat wegen Erfüllung ab.

Franz Räber: Die Frage der Kompetenzen und der Lastenverschiebung ist im Kanton Luzern seit einigen Jahren ein wichtiges und immerwährendes Thema. Zusätzliche Belastungen müssen verhindert werden. Diesbezüglich gehe ich mit dem Postulanten einig. Die Regierung erklärt in ihrer Stellungnahme, dass sie sich dieses Themas dauernd annehme. Die Regierung hat versucht, uns die Auswirkungen der jüngsten eidgenössischen Vorlage aufzuzeigen, der Steuergesetzrevision 2017 (SV17). Der Kanton hat sogar eigene Instrumente und Prozesse geschaffen, um die Fakten frühzeitig aufzuzeigen. Wir werden aber immer mit einem gewissen Mass an Überraschungen rechnen müssen, Netzwerke in Bern hin oder her. Mit diesen Überraschungen müssen wir zurechtkommen, und manchmal können wir uns sogar darüber freuen, wie beispielsweise über die doppelte Ausschüttung der Nationalbankgelder. Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag der Regierung und lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Michèle Graber: Dieser Vorstoss gehört zur Vorstossreihe der CVP unter der Rubrik zur Wiedererlangung des finanziellen Gleichgewichts des Kantons Luzern. Es handelt sich um einen rudimentären Beitrag, um die finanziellen Herausforderungen des Kantons zu meistern. Die gross angekündigten Sanierungsvorschläge der CVP anlässlich der letztjährigen Budgetdebatte haben sich jedoch nicht als so wirkungsvoll erwiesen. Die Forderung des Postulats ist wichtig, denn die Umsetzung von bundesrechtlichen Vorgaben kann sowohl beim Kanton als auch bei den Gemeinden zu Mehrbelastungen führen. Es sollte aber selbstverständlich sein, dass die personellen und finanziellen Auswirkungen von bundesrechtlichen Vorgaben aufgezeigt werden. Der mögliche Nutzen und die Folgen bei einer Unterlassung sollten aber ebenfalls aufgezeigt werden. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, dass sie bezüglich Kostenrisiken bei Bundesvorlagen bereits selber aktiv ist. Aus Sicht der GLP legt die Regierung glaubhaft dar, dass sie bei Vernehmlassungen ihre Aufgabe wahrnimmt und die Gesetzesvorlagen auf Relevanz und Kostenfolgen prüft. Die Regierung sollte noch etwas vermehrt den Kontakt mit unseren Vertretern in Bern pflegen.

Ludwig Peyer: Ein grosser Teil der Kostenrisiken, die der Kanton zu bewältigen hat, kommt vom Bund. Das ist ein Faktum und keine Schuldzuweisung. Ein paar Beispiele dazu sind die Spitalfinanzierung, die Pflegefinanzierung, die Strafprozessordnung, die Zivilprozessordnung und der Gewässerschutz. Es geht darum, dass der Kanton frühzeitig reagiert, um diese Risiken abschätzen zu können.

Roger Zurbriggen: Es handelt sich um einen der sieben Vorstösse, die wir Anfang Jahr in einem Gesamtpaket entwickelt haben. Als CVP befinden wir uns auf einem sogenannten „Mittelweg“. Wir ringen an unseren Fraktionssitzungen nach Lösungen für den Kanton. Diese Lösungen sind aber wenig spektakulär, darum erhalten sie auch keine grosse mediale Aufmerksamkeit. Es ist sehr einfach, unseren Ansatz ideologisch zu verreißen. Es stimmt

aber nicht, dass die CVP keine ehrliche Politik betreibt, obwohl es immer wieder behauptet wird. Ich möchte das auch keiner anderen Partei vorwerfen. Jede Partei hat ihre Überzeugungen und probiert aus Überzeugung zu politisieren. Das sollten wir auch respektieren.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Es ist schön, dass Ihr Rat Kenntnis davon nimmt, was die Regierung leistet. Wir sind sehr gut vernetzt. Diesen Bereich meiner Arbeit habe ich unterschätzt. Das ganze Kollegium setzt mindestens 20 Prozent seiner Zeit dafür ein, um in Bern Einfluss zu nehmen und in den Direktorenkonferenzen seine Stimme abzugeben. Wir sind in gegen 20 Regierungskonferenzen vertreten, die jährlich drei- bis viermal tagen. Die National- und Ständeräte kommen erst zum Zug, wenn die Botschaften bereits erstellt sind. Der Vollzug eines neuen Gesetzes oder einer neuen Regelung wird zuerst mit den Kantonen abgesprochen. Dabei haben wir einen grossen Effort zu leisten, um genau das zu tun, was der Postulant verlangt. Wir sind zudem nicht der einzige Kanton, der nicht alles von oben akzeptiert.

Der Rat lehnt die Motion mit 97 zu 2 Stimmen wegen Erfüllung ab.